



© JULIA MÜLLER

In stiller Erinnerung am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus: Gesine Löttsch beim Gedenken am Loeperplatz gemeinsam mit Norman Wolf, Charles Melis, Prof. Jürgen Hofmann, Katrin Framke, Paul Rost, Michael Grunst (v. l. n. r.) und vielen weiteren Antifaschisten.

Ich sag mal ...



© TRIALON BERLIN

Ist Papst Franziskus ein Populist? Ja, natürlich. Sein Satz „Diese Wirtschaft tötet“ ist eine Vereinfachung.

Doch ist der Satz falsch? Nein. Es sind deutsche Waffen, mit denen in Syrien, in Saudi-Arabien und in anderen Ländern unschuldige Menschen getötet werden. Die Art und Weise, wie wir unseren Planeten ausbeuten, wie wir produzieren, wie wir konsumieren, tötet jeden Tag Menschen. Populismus wird zum Kampfbegriff umfunktioniert. Es gibt angeblich nur noch besonnene Politiker und unverantwortliche Populisten. So wollen sich die Herrschenden alle Kritik vom Hals halten.

Nein, Populisten vereinfachen komplizierte Prozesse, so dass sie für alle Menschen verständlich sind. Nur so gelingt es, möglichst viele Menschen in politische Entscheidungen einzubeziehen. Was allerdings US-Präsident Trump und die AfD jeden Tag verbreiten, ist kein Populismus, sondern eine Mischung aus Hetze, Lügen und Demütigungen. Es geht ihnen nicht darum, ihre Politik verständlich zu erklären. Sie wollen teilen und herrschen. Wir sollten Lügner einfach Lügner nennen und nicht Populisten. GESINE LÖTZSCH

Tischlein deck dich!

In der Gutenberg-Oberschule bekommen die Schüler seit Monaten kein Mittagessen. Die gute Nachricht: Die Wiederaufnahme der nach Caterer-Insolvenz ausgebliebenen Essensversorgung kommt voran. Schulleiter Gerhard Bethke sieht Licht am Ende des Tunnels: „Seit dem Treffen aller Verantwortlichen zu Jahresbeginn hier in der Sandinostraße bemühen sich Schulamt und Bezirk sichtbar, ihrer Sicherstellungsverpflichtung nachzukommen“. Der in dieser Funktion neue Bezirksstadtrat Wilfried Nünthel bestätigt Planungsabschluss und Ausschreibung der Kantinensanierung. Und „nachdem ein zwischenzeitlich angefragter Versorger aus der Nach-

barschaft auch nicht helfen konnte, ist ein neuer Caterer bis Ende März in Sicht“.

Damit hat der öffentliche Druck, den nicht zuletzt Marion Platta und Ingeborg Görzdorf von den LINKEN entfaltet, erste Wirkung erzielt. Kleiner Kratzer oder fundierter Ansatz auf dem dicken Brett der Koalitionsvereinbarung? Sie verlangt immerhin „zeitliche Schritte ... eines flächendeckenden subventionierten Mittagessenangebotes an allen Schulen“. Nachdem in der Lichtenberger Januar-BVV ein Antrag der Linksfraktion zum Thema aus unerfindlichen Gründen auf die lange Ausschussverwaltungsbank geschoben wurde, will

Ingeborg Görzdorf in der kommenden Tagung nachlegen: das Bezirksamt zu offensiven Maßnahmen der gesunden, günstigen, warmen Mittagessensversorgung verpflichten. Bei senatsseitiger Kostenbeteiligung sieht Wilfried Nünthel dafür gute Chancen.

„Es wirft kein gutes Licht auf die Bezirksverwaltung, wenn auch nach über 7 Monaten keine Lösung für ein warmes Mittagessen besteht, keine Möglichkeit eines Übergangsangebotes machbar ist“, kritisiert der betroffene Vater und Kinderarzt Dr. Steffen Lüder die Situation. Der Döner oder Bäcker um die Ecke sei keine Alternative für die Schüler.

JOACHIM PAMPEL

Soziale Arbeit:

Interview mit der Arbeitssenatorin Elke Breitenbach.



03

Geldregen:

Wohin mit den überschüssigen Steuereinnahmen?



04

© ADEL / PIXELIO

Fair Trade:

Lichtenberg will Fair Trade Town werden.



05

Nominierung:

Direktmandat für Gesine Löttsch im WK Lichtenberg für Bundestagswahl.



06

KURZ GEMELDET

PATIENTENADVOKATEN

Mit Jahresbeginn sind die neugewählten Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher für das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge und das SanaKlinikum Lichtenberg im Amt. Im SanaKlinikum sind Brunhilde Tülsner (Geriatric, Frauenheilkunde, Kinder und Jugendliche) und Cornelia Schorch (Innere Medizin und Chirurgie) verantwortlich. Im KEH werden Joachim Kanitz (Erwachsenensomatik) und Sabine Kluckert (Erwachsenenpsychiatrie/Kinder- und Jugendpsychiatrie) Patienteninteressen ehrenamtlich und unabhängig unterstützen. In Ihrem Glückwunsch an die Gewählten versichert Bezirksstadträtin Katrin Framke (für DIE LINKE) den „Advokaten des Patienten ... eine gute Zusammenarbeit“.

QUARTIERQUALITÄT

An der Rüdigerstraße/Ecke Hagenstraße wird ein modularer Schulergänzungsbau errichtet. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird Generalunternehmer Goldbeck Ost GmbH in dem dreistöckigen Gebäude 12 Klassenzimmer schaffen. Hier werden vor allem Willkommensklassen einziehen. Mit dem Bevölkerungszuwachs im Gebiet Frankfurter Allee Nord stieg auch der Bedarf an Schulplätzen. Rund um den neuen „Nibelungen“park gruppiert sich jetzt ein regelrechtes Bildungs- und Freizeitquartier: neben dem Schulstandort zwei Kindergärten, eine moderne Kiezsporthalle und eine Jugendfreizeitanlage.

MUSIKUNTERRICHT

An der Schostakowitsch-Musikschule in Lichtenberg werden ab April wieder Unterrichtsplätze für die Fächer Violine, Gitarre, Akkordeon, E-Bass, E-Gitarre, Schlagzeug, für Blasinstrumente wie Trompete, Posaune, Saxophon, Klarinette, Oboe, Horn und Fagott sowie für die Musikalische Früherziehung frei. Anträge werden bis zum 10. März online und an den Standorten Paul-Junius-Straße 71, Wustrower Straße 26, Stolzenfelsstraße 1, entgegenommen. An diesen drei Standorten findet auch der Unterricht statt.

■ www.schostakowitsch-musikschule.de

JOACHIM PAMPEL

Mitten in Karlshorst

Gute Musik schallt von der Bühne, viele Menschen, jüngere und ältere, feiern gemeinsam, diskutieren über Politik und haben Spaß an diesem warmen Sommertag. Die roten Luftballons rund um den Platz verraten, dass es die Partei DIE LINKE ist, die hier zum „red star fest“ geladen hat. Kaum ein Platz wäre dafür so gut geeignet wie der Johannes-Fest-Platz. Unweit des S-Bahnhofs Karlshorst gelegen, öffnet sich das 2.200 m² große Areal zur Ehrenfelsstraße und der angrenzenden Treskowallee. In der Mitte des Platzes sind beschnittene Bäume zu einem großen viereckigen Blätterdach verwachsen, in dessen Schatten Bänke zum Verweilen einladen. War der Platz vor seiner Umgestaltung noch durch einen Zaun vom Gehweg getrennt, ist er seitdem nicht nur gepflegter geworden, sondern hat auch sonst erheblich an Attraktivität gewonnen. Neben der angrenzenden Schostakowitsch-Musikschule befin-

det sich mittlerweile eine Trattoria. Auch ein schönes Kaffeehaus grenzt an den Platz. An heißen Sommertagen erfreut sich ein Trinkwasserbrunnen vor allem bei den jüngeren LichtenbergerInnen großer Beliebtheit. Der belebte Platz gibt über das Jahr Raum für viele Feste und Veranstaltungen. Hervorzuheben sind vor allem der traditionelle Weihnachtsmarkt und der Wochenmarkt, der jeden Dienstag und Freitag stattfindet. Seit 2013 trägt der Platz zudem einen neuen Namen. Damit wird auf Beschluss der BVV-Lichtenberg der Karlshorster Politiker und Lehrer Johannes Fest geehrt. Von den Nationalsozialisten mit einem Berufsverbot belegt, blieb er standhaft und setzte den Versuchen der neuen Machthaber, ihn für ihre Sache zu gewinnen, ein festes „Wenn alle mitmachen – ich nicht.“ entgegen. Die feierliche Umbenennung erfolgte 2013 im Beisein des Rowohlt-Verlagschefs und



Beim Red-Star-Fest im Sommer 2016 war der Johannes-Fest-Platz in Karlshorst gut besucht.

Fests Enkel Alexander Fest. Und natürlich gibt es da noch die unendliche Geschichte Theater Karlshorst. Nutzungskonzepte hat es in den letzten Jahren wohl Dutzende gegeben: Schauspielschulen zeigten genauso Interesse wie ein Theatermuseum. Aktuell, so wird gemunkelt, könnten sich die Karlshorster Hoffnungen auf ein Kulturkino machen. Zum belebten Johannes-Fest-Platz würde das sicher gut passen. ANTONIO LEONHARDT

Mehr Mitbestimmung, mehr Nachbarschaft – für einen Neustart von Mieterbeiräten



Neu-Hohenschönhausen: Gerade Kieze mit hohen Häusern und vielen EinwohnerInnen brauchen die Mieterbeiräte.

Noch 2011 gab es bei der HOWOGE berlinweit sechs Mieterbeiräte, davon zwei in Hohenschönhausen: Warnitzer Bogen und Ostseevierviertel. Beide sind inzwischen eingeschlafen, insgesamt sind lediglich drei Mieterbeiräte bei der HOWOGE übrig: Frankfurter Allee Süd, Berlin-Buch, und Anton-Saefkow-Platz. Die Mieterbeiräte sind nicht zu verwechseln mit den 2016 eingeführten Mieterräten, denn obwohl beide die Mieterinteressen vertreten, miteinander kooperieren und eine ähnliche Bezeichnung tragen, sind sie doch verschieden. Die Mieterräte arbeiten quartiersübergreifend und sind in die „großen“ Unternehmensplanun-

gen und -entscheidungen einbezogen. Im Unterschied dazu beraten die Mieterbeiräte die MieterInnen und vertreten ihre Interessen in allen unmittelbar das Wohnumfeld betreffenden Fragen. Wenn es etwa Nachbarschaftskonflikte, Probleme mit Falschparkern oder Müll im Innenhof gibt, wenn Mieterhöhungen anstehen, wenn eine Hausflurreinigung oder -reparatur erwünscht ist, aber auch wenn man eine nachbarschaftliche Seniorenhilfe oder einen Nähkreis ins Leben rufen will, sind die Mieterbeiräte die ersten Ansprechpartner vor Ort.

Ohne Mieterbeiräte liegen also für die HOWOGE-MieterInnen in Hohen-

schönhausen Mitwirkungsmöglichkeiten brach und konkrete, kiezbezogene Anliegen der EinwohnerInnen laufen Gefahr, nicht oder nur ungenügend berücksichtigt zu werden.

Als LINKE setzen wir uns stets für mehr Mitbestimmung und bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen ein. Gerade in dem für die Menschen so lebenswichtigen Bereich Mieten und Wohnen brauchen wir mehr direkte Bürgerbeteiligung und -aktivität vor Ort. Deshalb wollen wir die Neugründung von Mieterbeiräten bei der HOWOGE in Hohenschönhausen mit Rat und Tat unterstützen. Alle, die volljährig sind, einen gültigen Mietvertrag mit der HOWOGE haben und sich ehrenamtlich für das Wohl ihrer Nachbarschaft engagieren wollen, laden wir ganz herzlich ein, sich in unserem Bürgerbüro zu melden.

Auch seitens der HOWOGE selbst wird die Entstehung neuer Mieterbeiräte ausdrücklich begrüßt, wie Michael Wagner, Prokurist Bestandsmanagement bei der HOWOGE, betont: „Die Mieterbeiräte leisten seit Jahren hervorragende Arbeit in den Kiezen. Daher freuen wir uns, wenn sich weitere Mieter finden, die sich zu Mieterbeiräten zusammenschließen.“

I. SCHMIDT / R. VERESSOV

Da irrt dein Klempner

Ein Interview mit Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales | Von KLAUS SINGER



Elke Breitenbach in ihrem neuen Büro. Bilder hängen noch nicht an den Wänden. Das wird bei dem Arbeitspensum wohl noch eine Weile dauern.

■ Ein junger Klempner meinte zu mir, dass in Berlin jeder eine Arbeit bekommen kann, der eine Arbeit möchte, was meinst du?

Da irrt dein Klempner. Langzeitarbeitslose im Alter zwischen 50 und 60 Jahren haben in Berlin große Schwierigkeiten eine Arbeit zu finden. Das Gleiche trifft auf alleinerziehende Frauen und Menschen mit Behinderung zu.

■ Was kannst du als Senatorin diesen Menschen anbieten?

Es gibt viele Aufgaben in unserer Stadt: flexible Kinderbetreuung, Unterstützung der Stadtteilzentren, Mobilitätsbetreuung. Das Problem ist nur, dass es keine Bundesprogramme gibt, aus denen diese Aufgaben finanziert werden könnten. Ich hoffe, dass nach der Bundestagswahl eine andere Regierung kommt, die sich mehr um das Schicksal der Langzeitarbeitslosen kümmert. Wenn nicht, werden wir ein Landesprogramm auflegen.

■ Mich rief heute eine Frau an, die mich fragte, warum Geflüchtete in Hotels wohnen und deutsche Obdachlose unter Brücken schlafen. Was kann ich der Frau sagen?

Viele Flüchtlinge wohnen seit Monaten unter schwierigen Verhältnissen in Turnhallen. Das waren unzumutbare

Zustände. Ich bin froh, dass es uns so schnell gelungen ist, viele Turnhallen freizuziehen. 300 Geflüchtete werden Anfang Februar in die erste fertiggestellte „Modulare Unterkunft für Flüchtlinge“ in Marzahn-Hellersdorf ziehen. Sie kommen aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

■ Warum aus Steglitz-Zehlendorf?

Mit dem Bezirk waren die Verhandlungen ausgesprochen schwierig. Wir sind auf die Solidarität der Bezirke angewiesen. Marzahn-Hellersdorf war da kooperativer.

■ Und die Obdachlosen ...

70 bis 80 Prozent der Obdachlosen kommen aus Osteuropa. Denen wollen wir genauso helfen wie deutschen Obdachlosen. Ich war eine Nacht mit dem Kältebus unterwegs. Am Ostbahnhof wollten die Obdachlosen aus unterschiedlichen Gründen nichts von Kältehilfe wissen. Das ist kein Einzelfall, sagte mir der Fahrer des Kältebusses. Für die Menschen, die unser Angebot annehmen wollen, sind wir dabei, die Kapazität auszubauen. Wir wollen von 640 auf 1000 Plätze kommen.

■ Du bist auch für das Thema Armut in Berlin zuständig. Welche Möglichkeiten hast du, um Armut zu bekämpfen?

Arme Kinder haben arme Eltern. Wir müssen also Eltern in Arbeit bringen. Alleinerziehende haben es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt. Sie brauchen einen Kindergartenplatz. Wir haben die Bedarfsprüfung abgeschafft. Wir wollen Senioren besser über ihre Rechte informieren und sie ermutigen,



Die Lichtenberger Turnhalle in der Wollenberger Straße 1 konnte freigezogen werden.

Grundsicherung zu beantragen. Ein großes Problem sind die Zwangsräumungen in der Stadt. Da werden wir die entsprechenden Vorschriften ändern, um den Verlust der Wohnung zu

verhindern. Wir wollen Menschen, die sich verschuldet haben, schneller und besser beraten. Die Sozialberatungen in den Bezirken werden wir in die Landesfinanzierung übernehmen.

■ Barrierefreiheit ist ein großes Thema in Berlin ...

Beim Neubau von Schulen und Kitas ist Barrierefreiheit sowieso klar. Ich möchte darüber hinaus ein Mobilitätskonzept für alle Menschen mit Behinderungen entwickeln und natürlich umsetzen.

■ Hast du den Eindruck, dass die Koalitionspartner auf Augenhöhe zusammenarbeiten?

In meinem Bereich kann ich das sagen. Es gibt eine große Einigkeit unter allen Koalitionspartnern, was die Ziele der Integrations-, Arbeits- und Sozialpolitik betrifft. Da geht es gut voran.

■ Was waren bisher deine schönsten Erlebnisse als Senatorin?

Ich freue mich, dass es uns so schnell gelungen ist, viele Geflüchtete aus den Turnhallen herauszubekommen. Ende März bis Anfang April werden alle Turnhallen frei sein. Sie können dann wieder für den Sport hergerichtet werden. Natürlich freue ich mich auch, dass wir die Plätze für Obdachlose so schnell ausbauen konnten.

Wann kommt der Aufstand der Zuständigen?

Kanzler Schröder forderte im Jahre 2000 nach dem Anschlag auf die Düsseltdorfer Synagoge: „Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen, wegschauen ist nicht mehr erlaubt.“ Es gab seit dem immer wieder Aufstände der Anständigen. Erinnert sei nur an die Demonstrationen in Dresden gegen Nazis. Wegschauen ist allerdings immer noch erlaubt.

Die Anzahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist im letzten Jahr auf 12 100 angestiegen. 440 gesuchte oder verurteilte Neonazis sind untergetaucht. Alleine im letzten Jahr wurden über 800 „rechtsmotivierte“ Anschläge gegen Flüchtlingsheime verübt.

Wann kommt der Aufstand der Zuständigen? Der NSU-Prozess zeigt, wie Polizei und Geheimdienste immer wieder versagen. Sie haben nicht einmal den Aufstand gegen Nazis geprobt. Im Gegenteil, der Verfassungsschutz verhinderte die polizeiliche Verfolgung der NSU-Terroristen.

Durch den Afghanistan- und den Syrienkrieg kamen viele Flüchtlinge in unser Land. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen witterten ihre Chance und verbreiten Hass und Rassismus. In dieser aufgeheizten politischen Situation war das Bundesverfassungsgericht (BVG) gefragt. Es musste über den NPD-Verbotsantrag der Bundesländer entscheiden. Es hat

sich dagegen entschieden. Das ist ein historisches Versagen. Der BVG-Präsident Voskuhle führte aus, dass die NPD zwar verfassungsfeindlich sei, es für ein Verbot nicht gereicht hätte und es keine „konkreten Anhaltspunkte von Gewicht (gäbe), die es möglich erscheinen lassen, dass ihr Handeln zum Erfolg führt.“ Die Nazis haben aus ihrer Sicht jeden Tag Erfolg. Sie hetzen, brandschatzen und morden.

Wenn eine verfassungsfeindliche Partei so stark wird, dass sie an die Macht kommen könnte, dann wird das BVG nicht mehr in der Lage sein, diese Partei zu verbieten. Die Hürden für ein Verbot rechtsradikaler Parteien sind unerreichbar hoch geworden. Die Nazis lassen jetzt alle Hemmungen fallen. Der AfD-Landesvorsitzende von Thüringen Höcke – ein echter Neonazi – sprach am Tag der Urteilsverkündung vom Holocaust-Denkmal als „Denkmal der Schande“. Das ist geistige Brandstiftung.

Es gibt auch unter Linken die Auffassung, dass ein NPD-Verbot nichts geändert hätte, da es viele andere rechtsextreme Organisation in unserem Land gibt. Nein, ein Verbot wäre ein wichtiges politisches Signal gewesen; ein Aufstand der Zuständigen. Er ist wieder ausgeblieben. Jetzt müssen wir uns ganz auf den Aufstand der Anständigen verlassen.

GESINE LÖTZSCH



Uwe-Karsten Heye las in der Reihe „geDRUCKtes“ vor einem vollen Rosa-Luxemburg-Saal aus seinem Buch „Die Benjamins – eine deutsche Familie“

Wohin mit dem überschüssigen Geld?

Die Steuereinnahmen waren 2016 höher als erwartet. Jetzt ist darüber ein Streit entbrannt, was man mit den 6,2 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen machen soll. Finanzminister Schäuble möchte mit dem Geld Schulden tilgen. Die CSU will Steuern senken. SPD, Grüne und LINKE wollen in die Infrastruktur investieren. Also mehr Geld für Schulen, Wohnungen und Krankenhäuser. Schäuble verweist darauf, dass die bereitgestellten Investitionsmittel nicht abfließen. 400 Millionen Euro blieben bei Verkehrsprojekten ungenutzt. Die Rücklage von 12 Milliarden Euro musste der Finanzminister nicht anrühren. Sie war für die Integration von Geflüchteten gedacht. Diese Ausgaben konnten aus den laufenden Einnahmen finanziert werden.

Dass das Geld für Investitionen nicht abfließt, hat etwas mit der Kürzungspolitik der vergangenen Jahre zu tun. In vielen Städten und Gemeinden fehlt das nötige Personal, um Kitas, Schulen und Krankenhäuser planen zu können. Qualifiziertes Personal muss wieder eingestellt und eingearbeitet werden. Das kostet Zeit.

Doch es gibt noch eine andere Möglichkeit, den Überschuss sinnvoll zu verwenden. Die Beiträge für die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung werden in den nächsten Jahren steigen. Diese Entwicklung könnte die Bundesregierung verlangsamen. Finanzminister Schäuble hat seine schwarze Null (Einnahmen = Ausgaben) nur realisiert, weil er die Solidarsysteme geschwächt hat.

Mütterrente und die Finanzierung der Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose sind alles Ausgaben, die mit Steuern finanziert werden müssten und nicht den Beitragszahlern allein aufgebürdet werden dürfen. Auch die Ost-West-Rentenangleichung soll zu einem großen Teil aus der Rentenkasse gezahlt werden.

Wir müssen den Anstieg der Sozialbeiträge stoppen. Das geht, wenn versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanziert werden.

Die Senkung der Sozialbeiträge wäre ein besserer Schritt als die Senkung von Steuern. Vor allem Menschen mit geringen Einkommen könnten so entlastet werden. Das wäre ein Beitrag für mehr Solidarität.

GESINE LÖTZSCH

8

ZAHL DES MONATS

Eine anschauliche Methode, Kindern das Dividieren kleiner ganzer Zahlen zu vermitteln, ist das gleichmäßige Verteilen von Greifbarem: Du hast 4 Äpfel. Jedes Kind soll die gleiche Anzahl Äpfel bekommen. Wie viele hat also jedes Kind?

Wissbegierigen Kindern verschweige man besser, dass dieses Verfahren im kapitalistischen Alltag versagt. Man nehme z. B. 3,5 Milliarden Menschen, setze acht hinzu und verteile auf diese zweimal 426 Milliarden Euro. Dass dabei nicht alle das Gleiche bekommen müssen, beweisen die gegenwärtigen Verhältnisse. Wie OXFAM anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos bekannt gab, besitzen derzeit die reichsten 8 Menschen der Welt mit zusammen 426 Mrd. Euro mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,5 Mrd. Menschen. Sofort wurde die Berechnungsmethode OXFAMs kritisiert – so wäre die Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt nicht mit dem Vermögensbericht der Bank Credit Suisse vergleichbar, darin das Vermögen der ärmsten Hälfte der Bevölkerung – nur als Nebenprodukt – geschätzt wird. Die Süddeutsche wollte darin gar einen Vergleich von Äpfel mit Birnen erkennen. Das Vermögen entspräche im Credit Suisse-Bericht lediglich der Summe der Ersparnisse nach Abzug aller Schulden. Unvermögende Kreditnehmer würden das Ergebnis verfälschen.

Ich will mich hier darauf beschränken zu bekräftigen, dass die oben beschriebene Methode auch mit Birnen funktioniert. Die unfassbare Ungleichverteilung des Vermögens in der Welt bleibt zumal.

TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Dienstag, 14. März, 17 Uhr** Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.



Die Fraktion der Lichtenberger LINKEN gedachte am 27. Januar auf dem Loeperplatz dem 72. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz und der Opfer des Faschismus.

KOMMENTAR



Rechte Provokateure – Zum Umgang mit der „AfD“

Die Januar-BVV begann mit einem Paukenschlag. Trotz vieler offener Fragen, insbesondere nach seiner Eignung und demokratischen Gesinnung, wurde Dr. Frank Elischewski als Kandidat der „AfD“ im zweiten Anlauf zum Bezirksstadtrat gewählt. Der 49-jährige bisherige BND-Mitarbeiter wurde kurz zuvor für den gescheiterten Kandidaten Wolfgang Hebold ins Rennen geschickt. Die Wahl des unter Verdacht der Volksverhetzung stehenden Politikers war schon im Dezember in mehreren Anläufen gescheitert. Mit Frank Elischewski soll nun erstmals ein Rechtspopulist Verantwortung für Lichtenberg tragen. Früher als erwartet, konnte sich die „AfD“ somit in unserem Bezirk einrichten. Ob sie dort ein dauerhaftes Phänomen bleibt, hängt davon ab, welchen Umgang wir zu ihr finden.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die „AfD“ auch in der BVV versucht, durch gezielte Grenzüberschreitungen und Provokationen der Kommunalpolitik ihren Stempel aufzudrücken. Hier müssen wir einerseits klare Kante zeigen, andererseits den Rechtspopulisten aber nicht den Gefallen tun, ihnen zu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Nur wenn wir die Provokationen der „AfD“ gelegentlich ins Leere laufen lassen, können wir unserem Anspruch noch gerecht werden, überhaupt sachorientierte Kommunalpolitik zu machen und uns für die wirtschaftlich Schwachen in unserem Bezirk einzusetzen.

Mehr als bisher müssen wir aber unsere Einschätzungen und Handlungen mit unseren Bündnispartnern in Zivilgesellschaft, Vereinen und anderen Parteien diskutieren und aufeinander abstimmen. Nur wenn sich alle der Stärken und Schwächen ihrer jeweiligen Position bewusst sind, sei es als Demonstrant, Bezirksverordneter, Vorsteher oder Bürgermeister und gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten, können wir der „AfD“ etwas entgegensetzen.

Mit frischem linken Wind die Arbeit angehen

Die Zahlen lesen sich gut. Der Nachtragshaushalt für Berlin sieht für 2017 100 Millionen mehr für die Sanierung von Schulen vor, 50 Millionen Euro sollen zusätzlich für das Personal in den Bezirken zur Verfügung gestellt werden. Auch Lichtenberg wird davon profitieren. Allein die Umsetzung einer langen To-do-Liste steht noch aus. Dafür ist DIE LINKE angetreten. Als stärkste Fraktion in der BVV unterstützen wir unseren Bürgermeister darin, die Verwaltung mit deutlich mehr Personal leistungsfähiger zu machen. Die Bürger haben einen Anspruch auf einen Termin beim Bürgeramt. Auch gesetzliche Leistungsansprüche können nur geltend gemacht werden, wenn das Personal vorhanden ist, um Anträge zu bearbeiten.

Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass die bereitgestellten Mittel für Schulsanierungen schnell abfließen. Dort, wo heute die Klassen aus allen Nähten platzen, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Dort, wo Schulen aus- und neu gebaut werden, sollen Gemeinschaftsschulen entstehen. Das heißt: gemeinsames Lernen von Schulbeginn bis Schulabschluss zu fördern. Auch die Kieze haben es verdient, mehr Beachtung zu finden. Kommunalpolitik ist dafür da, das Lebensumfeld der Menschen zu verbessern. An Gutes wollen wir anknüpfen und die Arbeit

von Familieninitiativen stärken. Das Familienbüro ist nur ein erster Schritt dahin. Jugend- und Seniorenangebote wollen wir erhalten. Freizeit muss bezahlbar sein. Darum ist es wichtig, Angebote zu unterstützen, die allen zur Verfügung stehen. Wir denken dabei auch an Spielplätze, Kinderplanschen und den Erhalt der öffentlichen Bäder.

Der Bürgerhaushalt gehört zu Lichtenberg. Diesem Projekt fühlen wir uns besonders verpflichtet und werden ihn aus dem Dornröschenschlaf erwecken. Kultur wollen wir im Bezirk mit dezentralen Angeboten stärken. Hierfür soll die Infrastruktur von Schulen, Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäusern und Begegnungszentren Dritter (z. B. Wohnungsunternehmen, Kirchen, Kino) einbezogen werden. Ein „Kulturzentrum“ in Hohenschönhausen im Bereich des Prerower Platzes soll im Zuge der anstehenden Bebauung konzipiert werden. Aufgegeben haben wir auch nicht, das Theater Karlshorst wieder zum Leben zu erwecken, in welcher Funktion werden wir weiter diskutieren.

Unsere Vorhaben sind ambitioniert, aber machbar. Eine starke Fraktion aus neuen und erfahrenen Mitgliedern ist eine gute Voraussetzung, mit frischem linken Wind die Arbeit für Lichtenberg anzugehen.

KERSTIN ZIMMER / NORMAN WOLF

ANTONIO LEONHARDT

Nicht vor Nazis kapitulieren

Erneut macht sich DIE LINKE für eine Aufnahme des Deutsch-Russischen-Museums in das Berliner Gedenkstättengesetz stark. Mit einem Antrag soll das Bezirksamt aufgefordert werden, sich dafür gegenüber dem Berliner Senat einzusetzen.

Die alljährlichen Demonstrationen der rechten Geschichtsrevisionisten in Sicht- und Hörweite des Museum würden damit endlich der Vergangenheit angehören. Ein entsprechender



DIE LINKE setzt sich für eine Aufnahme des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst in die Gedenkstättenliste ein.

Antrag unserer Fraktion wurde zuletzt im Mai 2013 von der BVV-Lichtenberg beschlossen. Der damalige SPD-CDU-Senat sah aber keinen Handlungsbedarf und lehnte eine Gesetzesänderung ab.

An den Gründen für unseren Antrag hat sich seitdem wenig geändert. Im Gegenteil, mit der „AfD“ hat nun eine Partei die politische Bühne betreten, deren Haltung zum Kriegsende als Tag der Befreiung fragwürdig erscheint. Eine „erinnerungspolitische 180-Grad-Wende“ würde wohl auch vor dem Karlshorster Museum nicht Halt machen.

Doch in Berlin regiert mittlerweile eine neue Koalition und auch andere Bezirke wollen bei der neuen Landesregierung Druck machen für die Aufnahme ihrer Gedenkstätten in das Gesetz. Die Zeichen für einen erneuten Anlauf stehen also gut.

ANTONIO LEONHARDT

Klassenzimmer als Hörsaal

Bezirksbürgermeister Michael Grunst und Michael Wagner, Prokurist der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH, konnten am 23. Januar eine 4. Klasse der Grundschule am Ostseekarree in der Anna-Seghers Bibliothek begrüßen und zugleich gratulieren. 10.000 Kinder haben bisher kostenlose Bildungsangebote im Kiez genutzt,

denn seit 2012 kommt die KinderUni-Lichtenberg auch an die Schulen. Möglich wurde das mit finanzieller Unterstützung der HOWOGE.

Weil viele Kinder aus Lichtenberg nicht die Gelegenheit haben, die traditionellen Herbstvorlesungen von Professorinnen und Professoren der Hochschule für Technik und Wirt-

schaft und der Hochschule Wirtschaft und Recht Berlin zu besuchen, wurde 2012 KUL unterwegs entwickelt. Nun können Lehrerinnen und Lehrer aus dem Bezirk einzelne Vorlesungen oder Workshops zu sich an die Schule einladen.

Als Kooperationspartner ist die Anna-Seghers-Bibliothek seit Beginn dieses Projektes mit im Boot, denn auch dort werden KUL unterwegs-Vorlesungen gehalten. Zur Feier des Tages ließen Prof. Thomas Bremer und Prof. Susanne Brandhorst von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin für die Neun- bis Zehnjährigen einen virtuellen Raum entstehen. Dabei konnte jedes Kind mit einer speziellen Brille erleben, was sich hinter dem Begriff „Virtuelle Realität“ verbirgt.

Mittlerweile werden 51 Vorlesungen, sieben Workshops und fünf Exkursionen zu unterschiedlichsten Themen für die Klassenstufen 3 bis 8 angeboten. Michael Grunst bedankte sich auch bei den Aktivistinnen des „sowieso“ Pressebüros, Annette Bäßler und Kristine Kretschmer, für immer wieder neue Ideen, die langanhaltende Initiative und sagt: „Kinder ab acht Jahren können nicht nur eine Hochschule von innen kennenlernen, sondern haben Professorinnen und Professoren aus Lichtenberger Hochschulen sogar im eigenen Klassenzimmer zu Gast. Ich wünsche allen Beteiligten weiter tausende neugierige Mädchen und Jungen.“

LIANE BEHRENDT



Bezirksbürgermeister Michael Grunst begrüßt den 10.000 Besucher der „KUL unterwegs“, eine 4. Klasse der Grundschule am Ostseekarree.

Schulplatzausbau – Mut zu neuen Lösungen

Wir brauchen in Lichtenberg in einigen Stadtteilen mutige Lösungen, um schnell und umfassend auf den steigenden Bedarf an Schulplätzen sowohl für Grund- als auch für OberschülerInnen zu reagieren. Dabei mangelt es in erster Linie nicht, wie von vielen vermutet, am fehlenden Geld, sondern an fehlenden Flächen und fehlendem Personal im Schulamt und im Facility Management. Der Personalabbau in der Verwaltung muss endgültig gestoppt und Stellen in der Verwaltung neu besetzt oder sogar neu geschaffen werden.

Für Rummelsburg und den Kaskelkiez kann eine dieser mutigen Lösungen sein, dass die Schule an der Victoriastadt um einen Standort erweitert wird. Mit ihm kann eine Gemeinschaftsschule entstehen, in der Kinder und Jugendliche von der 1. Klasse bis zum Abitur gemeinsam lernen können. Dazu muss nun geprüft werden, ob sich die Franz-List-Schule in der Marktstraße für dieses Vorhaben eignet. Derzeit wird das Gebäude von BerufsschülerInnen genutzt, die umgesiedelt werden müssten. Nach ersten Gesprächen scheint dies

durchaus machbar, da es für Berufsschulen noch leerstehende Standorte in anderen Bezirken gibt, die genutzt werden können.

Dies ist eine mutige Lösung - eine schnelle noch dazu und mit ihr könnte auch der B-Plan Ostkreuz ohne Änderungen beschlossen werden. Zu prüfen bliebe weiterhin, ob ein Grundschulstandort in der Hauptstr. 8/9 in 8 bis 10 Jahren noch notwendig ist oder ob diese Gelder nicht in die Entwicklung eines Gemeinschaftsschulstandortes fließen können.

CLAUDIA ENGELMANN

Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist

27.01.2017, 18.00 Uhr, in der Stadt-hausstraße vor dem Museum Lichtenberg haben sich ca. 100 Menschen versammelt. PolitikerInnen und BürgerInnen gedenken seit 2006 traditionell am Tag der Befreiung des KZ Auschwitz im Jahr 1945 der von den Nationalsozialisten aus Lichtenberg vertriebenen und ermordeten jüdischen Bevölkerung. Die Namen und Todesdaten der Ermordeten und Vertriebenen werden auf die Wand des Museums gut sichtbar projiziert.

Nicht nur an die vertriebene und ermordete jüdische Bevölkerung, sondern auch an andere verfolgte und ermordete Menschengruppen wird an diesem besonderen Tag erinnert und gedacht. Im Museum Lichtenberg wird die Ausstellung „Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma“, eine Ausstellung des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma Berlin e.V., eröffnet.

Diese Ausstellung erinnert an eines der düstersten Kapitel unserer Regionalgeschichte. Im Juni 1936 trieben die Nationalsozialisten im Vorfeld der

Olympischen Spiele ca. 600 Berliner Sinti und Roma in ein Zwangslager in Berlin-Marzahn und beraubten sie damit ihrer gewohnten und selbst gewählten Lebens- und Arbeitsumfelder. Berlin sollte „zigeunerfrei“ sein. Im Laufe der Jahre lebten hier mehrere tausend Menschen unter unwürdigen Bedingungen. Im Frühjahr 1943 wurden sie, bis auf wenige Ausnahmen, in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Nur wenige überlebten, noch weniger kehrten zurück.

Petra Pau betonte bei der Gedenkfeier, dass es nicht nur um die Vergangenheit geht und berichtete von ihren Erfahrungen z. B. in Ungarn.

Petra Rosenberg, die Vorsitzende des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma, forderte uns Nachgeborene auf, den Opfern die Stimmen zu geben, die durch ihren Tod zu verstummen drohen. Ihre Ängste und Befürchtungen, auch unter dem Eindruck des gescheiterten NPD-Verbots artikuliert für mich die 2013 verstor-

bene einstige Überlebende von Auschwitz, Ceija Stojka: „Ich habe Angst, Auschwitz könnte nur schlafen“.

Mit meinen jetzigen Erfahrungen in der aktuellen Politik, auch aus dem Auftreten eines AfD-Vertreters in der Bezirksverordnetenversammlung, der beispielsweise obdachlose Menschen am Bahnhof Lichtenberg diskriminierte, bleibt der Gedanke von Primo Levi

aktuell wie nie: „Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen“ – oder wie Petra Rosenberg fragte: „Ist Auschwitz nur im Dämmer-schlaf?“. Noch immer werden gerade Sinti und Roma diskriminiert, leben in absoluter Armut, auch hier in Deutschland. Die Erinnerung und die Lehren an die Zeit des Nationalsozialismus bleiben aktueller denn je.

BIRGIT STENZEL



Die Ausstellung „Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Berlin“ ist bis zum 12. Februar im Museum Lichtenberg zu sehen.

Ladet uns ein

Kerstin Zimmer und Norman Wolf stellen sich vor. Wir sind beide nicht neu in der BVV. Als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses hat Kerstin eines der komplexesten kommunalpolitischen Themen bearbeitet. In der Funktion des Geschäftsführers habe ich mehrere Jahre im Fraktions-

vorstand gewirkt und u. a. die Öffentlichkeitsarbeit betreut. Neu sind wir in der Funktion der Fraktionsvorsitzenden. Die quotierte Doppelspitze ist auch regional quotiert, denn Kerstin ist Hohenschönhausenerin, ich bin in Lichtenberg aufgewachsen. Quotierungen alleine sind aber noch

kein Garant für eine erfolgreiche Arbeit. Uns eint unser Pragmatismus, jedoch auch das politische Gespür. Soziale Gerechtigkeit, Schwächeren zu helfen, sich zu kümmern – danach haben wir unseren politischen Kompass ausgerichtet. Wir sind dabei auf die Unterstützung der Fraktion angewiesen und ein guter Ratgeber sind vor allem die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger. Darum setzen wir auf den Dialog mit ihnen, z. B. bei den geplanten Kieztouren. Mit einem linken Bürgermeister sind wir uns bewusst, dass wir in besonderer Verantwortung stehen. Wir werden nicht die Welt retten, aber können dazu beitragen, alles ein wenig besser zu machen. Gerne kommen wir zu Euch und zu Ihnen und beantworten Fragen zu unserer kommunalpolitischen Arbeit und Initiativen. Ladet uns ein!

NORMAN WOLF



Die neue Doppelspitze: Kerstin Zimmer und Norman Wolf bei der Klausurtagung der Linksfraktion. Blumen zur Wahl gab es von der direkt gewählten Bundestagsabgeordneten und Bezirksvorsitzenden Gesine Löttsch.

Vietnam gehört zu Lichtenberg



Die Kindertanzgruppe eröffnete den kulturellen Teil des Tet-Fests.

Den vietnamesischen Vertragsarbeitern der DDR wurde erst 1997 ein langfristiges Bleiberecht zubilligt. U. a. setzte sich die PDS für den dauerhaften Aufenthalt der Vietnamesinnen ein. Und so konnte deren Integration richtig beginnen. Nun hatten sie eine Perspektive. In der KULTSchule sorgt die Vereinigung der Vietnamesen zusammen mit dem Verein Lyra e.V. für ein internationales Flair in Lichtenberg. Dazu gehört auch das Feiern des Tet-Fests, mit dem am 2. Februar das neue Jahr eingeleitet wurde. Und so taucht man in eine Welt ein, die einerseits weit weg ist, aber gleichzeitig doch so nah.

■ Für Terminanfragen oder Anmeldung zur Sprechstunde bitte Mail an fraktion@die-linke-lichtenberg.de bzw. Tel. 90 296 31 20.

Wichtig ist, dass man sich bewegt – Gabriele Andreas



Gabriele Andreas leitet bei Kietz für Kids verschiedene Sportkurse.

Am Hechtgraben 1 in Hohenschönhausen, in einem ehemaligen Altersheim aus DDR-Zeiten, hat der Verein Kietz für Kids - Freizeitsport e.V. seinen Sitz. Kids ist hierbei nicht wörtlich zu nehmen, denn auch Erwachsene können in dem Verein trainieren. Seit 2001 ist Gabriele Andreas dort Übungsleiterin. Sie betreut die Kurse Wirbelsäulen- und Wassergymnastik, aber auch Tai-Chi. Die aus einer chinesischen Kampfkunst entwickelten Bewegungsabläufe führt die große schlanke Frau mit einer Eleganz und Geschmeidigkeit vor, die der ehemaligen Turniertänzerin eigen sind.

Die 1950 Geborene war immer sportlich aktiv. Als Kind besuchte sie eine Sportschule und trainierte zunächst Eiskunstlauf und später Schwimmen. Sie machte an der erweiterten Oberschule ihr Abitur, belegte mit einer Berufsausbildung zur Geflügelzüchterin. An der Humboldt-Universität absolvierte Gabi ein Studium der Tierproduktion, u. a. bei dem berühmten Zoologen und Verhaltensforscher Professor Günter Tembrock und schloss als Diplom-Agraringenieurin ab. Zwei Leidenschaften ziehen sich wie ein roter Faden durch

das Leben von Gabriele Andreas. Das ist einmal der Sport und zum anderen die Liebe zu Tieren und der Landwirtschaft.

Noch während des Studiums war sie aktive Turniertänzerin für Standard- und lateinamerikanische Tänze. Lachend erzählt sie, dass sie gleichermaßen den weiblichen und männlichen Part beim Tanzen beherrscht. Nach der Geburt ihres ersten Kindes fing sie an, Kinder und Jugendliche im Tanzen im damaligen Haus der Jungen Talente in Berlin und in einem Potsdamer Tanzkreis zu unterrichten. Ihr Berufsleben begann im Rechenzentrum des Fleischkombinats in der früheren Berliner Leninallee. Dort wurden u. a. Programme für die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft entwickelt. Sie arbeitete am Großrechner und später dann auch im VEG Gartenbau am PC.

Nach der politischen Wende und dem Zusammenbruch der DDR blieb Gabi die Arbeitslosigkeit erspart, aber sie wurde, wie viele andere auch, nicht mehr entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt. Ein landwirtschaftlicher Sozialversicherungsträger beschäftigte sie als Sachbearbeiterin bis zum Beginn der Altersteilzeit.

Gabi Andreas lebt heute bei Berlin in einem Haus, das sie seit zehn Jahren zum großen Teil selbst gebaut und ausgebaut hat. Viele Handwerkerarbeiten wie Fliesenlegen, Malern oder Betonmischen übernahm sie in Eigenregie. Zum Haus gehört ein Garten und immer mehr Tiere finden bei ihr eine Heimat. Neben ihrem Hund Lucky fühlen sich Katzen, Vögel und Fische dort wohl. Sich an der Luft zu bewegen, gefällt auch ihren fast 5-jährigen Zwillingen-Enkeln, wenn Oma mit ihnen spielt, rennt und klettert.

Die Arbeit als Übungsleiterin macht Gabi professionell. Sie besitzt dafür eine entsprechende Trainerlizenz. Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind in ihren Kursen immer herzlich willkommen. Es ist ihr dabei völlig egal, ob jemand unsportlich ist oder etwas mehr Gewicht auf die Waage bringt. Wichtig ist für sie, dass man sich aktiv dem zunehmenden Bewegungsmangel widersetzt und etwas für seinen Körper tut. Das Alter spielt dabei ebenfalls keine Rolle. Es gibt keinen Leistungsdruck, dafür aber eine Menge Spaß. Darin liegt für sie der Sinn des Breitensports.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

Nacht der Politik

3. März, 18 Uhr

Rathaus Lichtenberg, „Wir rollen den roten Teppich für Sie aus.“

Ab 18.30 Uhr: Ausstellungseröffnung im Raum der Linksfraktion – Kunst statt Gewalt.

Ab 19 Uhr: Veranstaltung zum Tierpark Berlin, eine Portraitzeichnerin erwartet Sie

Kultur Tipp

von Daniela Fuchs

„DIE RATTEN“

Berliner Tragikomödie von Gerhart Hauptmann, Theater an der Parkaue

Ein Besuch im Theater an der Parkaue lohnt sich nicht nur für Kinder und Jugendliche. Zur Zeit ist das Theater jedoch an verschiedenen Spielstätten unterwegs, da das Gebäude des Jungen Staatstheaters aufwendig saniert wird. Hauptmanns „Die Ratten“ hatte 1911 in Berlin seine Uraufführung. Doch sozialkritische aktuelle Bezüge gibt es allemal: Wohnungsnot, Existenz- und Zukunftsängste, Drogenkonsum. In einem alten Mietshaus bringt die alleinerziehende Pauline ein Kind zur Welt. Sie ist verzweifelt und verkauft es. Doch bald bereut sie „ihr Geschäft“ und kämpft um das Kind. Am Ende gibt es nur Verlierer.



Karten unter 55 7752 52
www.parkaue.de
besucherservice@parkaue.de

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

2. Februar 2017

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Fair Trade contra familiengerechte Kommune?

Fair Trade oder zu Deutsch „fairer Handel“ wird nicht selten als Luxusproblem dargestellt. Aber das ist es natürlich nicht. Dazu hilft ein Blick hinter die Kulissen: Blutige Kinderhände auf Kaffeeplantagen oder lebens-

gefährliche Nähfabriken in Bangladesch zeugen von den Lebens- und Arbeitsbedingungen, unter denen Produkte für uns oder genau zu sagen – die westliche Welt – produziert werden.



Fair Trade soll das ausschließen, indem nur solche Produkte verkauft werden, die eben – der Name sagt es – unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind. Die Kampagne Fair-Trade-Town soll das befördern. Sie zertifiziert Städte und Gemeinden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind. Hierzu zählt u. a., dass fair gehandelte Produkte in Schulen oder dem Rathaus angeboten werden und eine bestimmte Anzahl von Fair-Trade-Geschäften ihre Niederlassungen

im Bezirk haben. Auf der Ebene der Berliner Bezirke haben sich inzwischen Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Pankow und Tempelhof-Schöneberg erfolgreich als „Fair-Trade-Town“ zertifizieren lassen.

Auch die Linksfraktion Lichtenberg hatte solch einen Antrag im März des letzten Jahres in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht. Lichtenberg sollte Fair-Trade-Town werden. Ohne Erfolg: Die Begründung mutete seltsam an. „... Des Weiteren würde das aktive Promoting des Bezirks Lichtenberg als Fair-Trade-Stadt um die Aufmerksamkeit mit dem Label Familiengerechte Kommune konkurrieren“. Fair Trade fordert gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen für Familien und Kinder. Mehr Gemeinsamkeit geht nicht. Nun hat die linke Abgeordnetenhausfraktion das Thema erneut aufgegriffen. Ein entsprechender Antrag wird jetzt im Ausschuss beraten. NORMAN WOLF

Wer ist Oskar?



Peter Wagenknecht, Linda Oldenburg und Sybille Büttner (v. l. n. r.) gehören zum Team von Oskar.

Seit dem 1. Dezember 2016 haben die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger in der Weitlingstraße 89 die Möglichkeit, sich direkt vor Ort bei der „Oskar Freiwilligenagentur Lichtenberg“ über ehrenamtliches Engagement zu informieren.

Neben der Beratung von Freiwilligen steht die Agentur im regen Austausch mit sozialen Einrichtungen und Organisationen, um für eine reibungslose Vermittlung von Freiwilligen zu sorgen.

Auch wenn die Stiftung Unionhilfswerk als Träger der Freiwilligenagentur fungiert, ist dem Leiter der Agentur Peter Wagenknecht wichtig zu betonen, dass nicht nur an den Träger selbst vermittelt wird: „Wir arbeiten für alle Einrichtungen im Bezirk und

wollen unsere Unabhängigkeit wahren“. Vermittelt wird in die verschiedensten Bereiche – diese reichen von Senioreneinrichtungen über Kitas bis zur Betreuung und Unterstützung von geflüchteten Menschen. An die Politik im Bezirk hat Peter Wagenknecht eine klare Bitte: „Die Unterstützung für freiwilliges Engagement wäre uns seitens der Politik wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen können, dass ihre Aktivitäten auch von dieser Seite wertgeschätzt werden“. Wer Interesse am freiwilligen Engagement hat, ist daher gerne zum Tag der offenen Tür am 10. Februar zwischen 14.30 und 18.00 Uhr zum Kennenlernen vor Ort eingeladen.

ROBERT SCHNEIDER

Nicht nur „sauber, sicher, satt...“



© JOACHIM PAMPEL

Hartmut Zick koordiniert die ehrenamtliche Arbeit in der Notunterkunft in der Ruschestraße 104.

1 100 Geflüchtete leben derzeit in der Notunterkunft Ruschestraße 104. Die 15 m² großen Zimmer des Bürohochhauses sind mit 2 Doppelstockbetten, Tisch und Stühlen, Schränken und einem Kühlschrank ausgestattet. Auf allen Etagen befinden sich Gemeinschaftstoiletten. Geduscht wird in Containern auf dem Hof. Im Speisesaal werden regelmäßig Frühstück, Mittagessen und Abendbrot angeboten.

„Die Bilder aus Belgrad vor Augen“, so Hartmut Zick, der als Ehrenamtskoordinator des Hausbetreibers DRK-Müggelspree hier wirkt, „geht mir beim täglichen Kindertreiben auf Zimmern und Fluren immer wieder das Herz auf. 2016 wurden hier 60 Kinder geboren.“ Dem Jahrzehnte erfahrenen Sozialarbeiter reicht die Mindestbetreuungsmaßgabe „Sauber,

sicher, satt“ aber „allein nicht aus, um den Verfolgten in unserem ihnen fremden Land ein einigermaßen Ankommen zu ermöglichen“. So sind 220 Menschen aus 20 Nationen im Haus selbst schon beschäftigt. „Alle zwei Tage kommt ein Kubikmeter Spenden rein“, er koordiniert die berlinweit eingehende ehrenamtliche Unterstützung. Unverzichtbar die vom Gymnasiallehrer Henrick Meyer organisierten Kinderbetreuungs- und Freizeitangebote. Hoch frequentiert: die Näh-Strick-Kleider-Ateliers und die 30 m² große Kinderbibliothek.

Demnächst muss mit dem Privateigentümer entschieden werden, ob und wie sein Gebäudeensemble-Areal für eine andauernde „Integrationsansiedlung“ ausbaufähig wird.

JOACHIM PAMPEL

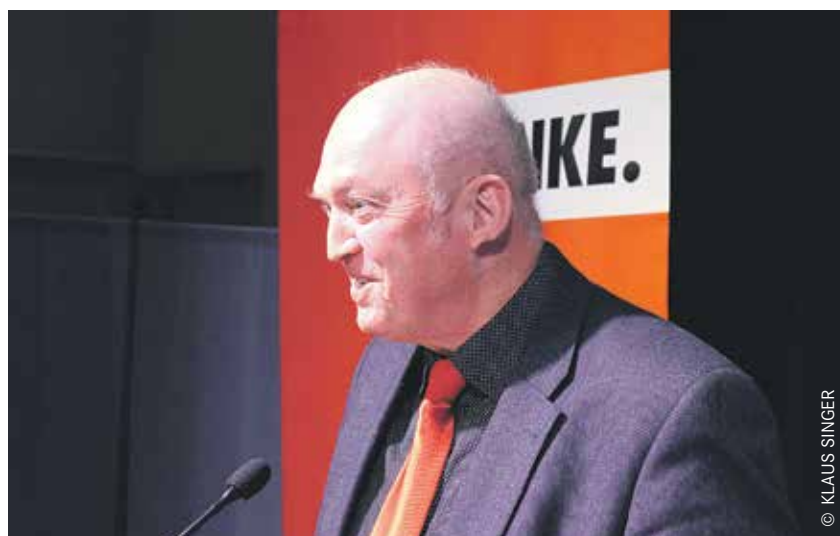
Immer ansprechbar



Dr. Gesine Löttsch (2. v. r.) wurde auf der Vertreterversammlung der Lichtenberger LINKEN am 29. Januar erneut für das Direktmandat im Wahlkreis Lichtenberg nominiert.



Der chilenische Musiker Alejandro begeisterte u. a. mit „Comandante Che Guevara“.



Den Lichtenbergern gut bekannt: Dr. Wolfram Friedersdorff sprach als Präsident der Volkssolidarität zu den Gästen. Von 1995 – 2001 war er Bezirksbürgermeister.

Am 29. Januar trat die VertreterInnenversammlung der LINKEN Lichtenberg zusammen, um eine Kandidatin oder einen Kandidaten für den Bundestagswahlkreis 86 zu nominieren. Bereits Ende letzten Jahres hatte der Bezirksvorstand Gesine Löttsch als Wahlkreiskandidatin vorgeschlagen.

Gesine Löttsch ist seit 2002 für DIE LINKE Lichtenberg direkt in den Bundestag gewählt. Petra Pau erinnerte auf der Nominierungsveranstaltung an den gemeinsamen Weg der beiden in ihrem Grußwort. Der Präsident der Volkssolidarität und ehemalige Lichtenberger Bürgermeister Wolfram Friedersdorff wies in seiner Rede auf das ungerechte Rentensystem hin und plädierte dafür, endlich eine faire Anpassung der Renten in

Ost und West durchzusetzen. Die Berliner Landesvorsitzende der LINKEN, Katina Schubert, berichtete von der Arbeit der Linksfraktion im Berliner Senat. Dort konnten durch die Arbeit der Sozialsenatorin Elke Breitenbach bereits Erfolge verkündet werden, nämlich das Freiziehen der Sporthallen in Lichtenberg und Berlin. Alle wiesen auf die angespannte Situation im Land hin: Der Aufstieg der Rechtspopulisten und eine mögliche rechts-konservative Koalition aus der Union und AfD müssen gestoppt und verhindert werden. Dies gelingt nur durch eine starke Linke, die sich den Ängsten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürgern stellt und sich ihrer Probleme annimmt. Weiter essenziell sind eine klare Haltung in der

Flüchtlingspolitik sowie eine konsequente Friedenspolitik.

Dafür steht nicht nur die LINKE, sondern auch im besonderen Maße Gesine Löttsch. Ihre gute und konstante Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis Lichtenberg zahlt sich aus. Ob bei Besuchsfahrten in den Bundestag, Bürgersprechstunden oder am Infostand – Gesine ist immer ansprechbar. Das honorieren nicht nur die Wählerinnen und Wähler, sondern auch ihre Parteigenossinnen und Parteigenossen: Mit 91,8 Prozent der Stimmen wurde Gesine Löttsch erneut für den Wahlkreis Lichtenberg nominiert.

Wir wünschen Gesine alles Gute und ein tolles Wahlergebnis!

JULIA MÜLLER

Solidarisch geht es besser

In diesem Jahr fallen Grundsatzentscheidungen in der Welt. Wie wird sich das Verhältnis zwischen den USA und China und den USA und Russland entwickeln? Das ist eine Frage von Krieg und Frieden.

Deutschland lebt vom Export. Wir müssen wieder stärker im Inland investieren. Wir brauchen ein langfristiges Konjunkturprogramm zum Bau von Kindergärten, Schulen, Universitäten und Krankenhäusern, ein Programm zur Ausbildung und Integration von Arbeitslosen und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt.

Wir Linke sind Internationalisten! Wir lassen es nicht zu, dass Geflüchtete gegen Einheimische ausgespielt werden.

Wir haben in Lichtenberg ein Nord-Süd-Gefälle. In Hohenschönhausen steigt das Armutsrisiko. Damit werden wir uns nicht abfinden.

Wir haben viel erreicht, aber noch nicht genug. Den Mindestlohn gäbe es ohne uns nicht. Die Angleichung des Ost-Hartz-IV-Satzes an den West-Satz ist ein Erfolg der LINKEN. Die Forderung Ost-Renten an die West-Renten anzugleichen, ohne die LINKE schon längst vergessen.

Auch in der Friedensfrage sind wir immer fest geblieben. Sie ist für uns nicht verhandelbar.

In Lichtenberg erlebe ich die Realität ganz ungeschminkt. Ich treffe Menschen, die ganz konkrete Hilfe brauchen, die Probleme mit dem Jobcenter, dem Arbeitgeber oder der Krankenkasse haben.

Es gelingt mir immer wieder, Kultur- und Sportvereine, Schulen und Kitas finanziell zu unterstützen. Ich finanziere in jedem Jahr Kinderferienlagerplätze, Ferienpässe, den Solidaritätspreis. Es wird auch wieder einen Chorsommer im Kulturhaus Karlshorst geben.

In diesem Jahr werde ich wieder mit Jugendlichen auf den Spuren des Antifaschismus unterwegs sein.

Es ist uns gelungen, Geld für die Sanierung des Tors am Eingang des Friedhofs der Sozialisten zu beschaffen.

Wir sollten in großer Geschlossenheit in den Wahlkampf gehen, denn solidarisch geht es besser.

GESINE LÖTZSCH

Vorgestellt: Christian Petermann, stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes



MIT RAT & TAT

■ Wer bist Du?

Christian Petermann, seit 1987 Hohenschönhausener und seit 20 Jahren in der LINKEN bzw. PDS. Jetzt wo ich das sage, fällt es mir erst auf. Was für eine unglaublich lange Zeit. Mit 16 Jahren stand mein Entschluss schon fest. Also bin ich ins Karl-Liebknecht-Haus gefahren, traf dort Petra Pau und fragte sie, wo man hier eintreten könne.

■ Wo ist Deine politische Heimat?

Meine politische Heimat kann nur in der LINKEN sein. Ich bin ein Kind der 90er Jahre und habe in meinem Umfeld gesehen, wie sich Lebensbedingungen verschlechterten. CDU und SPD waren nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Also bin ich zur PDS gegangen. Zunächst war es nur Verärgerung über Regierungspolitik, die mich antrieb. Später kam hinzu, dass wir uns nicht nur von Realpolitik treiben lassen, sondern ein Ideal einer besseren Welt vor Augen haben, dem wir durch unser Tun näherkommen wollen.

■ Was machst Du beruflich?

Als Referent des Staatssekretärs für Wohnen versuche ich, mitzuhelfen eine soziale Wohnraumversorgung sicherzustellen. Das war das wichtigste Thema im Wahlkampf, daran hängt die



© KLAUS SINGER

Christian Petermann, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN.

Glaubwürdigkeit der LINKEN. Ich denke, wir sind da auf einem guten Weg.

■ Was hast Du Dir im Bezirksvorstand vorgenommen?

Im Bezirk beschäftigt mich v. a. die Zukunftsfähigkeit der Partei. Über lange

Zeit haben sich unsere Arbeitsstrukturen bewährt. Sie haben die Partei im Jahr 2017 ankommen lassen. Aber wenn wir weiter gut organisiert sein wollen, müssen wir auch manches in Frage stellen. JULIA MÜLLER

TERMINE

- **13.2., 19 Uhr,**
Bezirksvorstandssitzung,
Alfred-Kowalke-Straße 14
- **15.2., 18.30 Uhr,**
Neumitgliedertreffen, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **22.2., 18.30 Uhr,**
Ortsverbandsversammlung
Welsekiez, Kieztreff Falkenbogen
Grevesmühlener Straße 20

SPRECHSTUNDEN

- **Marion Platta, MdA, WK 3**
fon 030 97 999 643,
23.2., 17 - 19 Uhr, Bürgerbüro im
Polikum Franz-Jacob-Straße 10 a
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**
fon 030 23252597,
17.2., 18 - 19 Uhr, Stadtteilzentrum
Lichtenberg Nord/Fennpfuhl,
Paul-Zobel-Straße 8E
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
fon 030 23252560,
13.2., 17.30 - 18.30 Uhr, Alfred-Kowalke-Straße 14, Anmeldung
unter: team@hendrikjeklein.de
oder anrufen

Sicherheitspolitik nach dem Anschlag vom Breitscheidplatz

Der 19. Dezember 2016 wird den Berlinern in trauriger Erinnerung bleiben. An diesem Tag lenkte der Terrorist Anis Amri gegen 20 Uhr einen geraubten LKW in den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz. DIE LINKE trauert mit den Opfern und Hinterbliebenen und tut im Senat alles dafür, dass schnelle, unbürokratische Hilfe geleistet wird. Der Opferbeauftragte des Landes Berlin unterstützt die Betroffenen nach Kräften und die ersten Zahlungen an die Opfer werden bereits getätigt.

Dieser Anschlag hat eine intensive sicherheitspolitische Debatte ausgelöst. In Berlin stand dabei das Thema Videoüberwachung schnell im Zentrum der Debatte. CDU und AfD forderten deren Ausweitung, wohl-

wissend, dass sich SPD, LINKE und Grüne gerade erst im Koalitionsvertrag anders entschieden hatten. Dort heißt es: „Die Koalition will den neuen Herausforderungen nicht mit der Einschränkung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger begegnen, sondern mit einer besseren Ausstattung der Berliner Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste und einer verstärkten Präsenz im öffentlichen Raum.“

Im Senat wurde nach dem Anschlag kontrovers, aber sachlich über das Sicherheitspaket und die Frage der Videoüberwachung diskutiert. Im Ergebnis hat man sich darauf verständigt, der Linie des Koalitionsvertrages treu zu bleiben. Die Polizei wird bei der Ausstattung und auch personell

gestärkt und Videoüberwachung im Rahmen der Gesetze anlassbezogen eingesetzt. Diese Lösung ist vernünftig. In einem liberalen Rechtsstaat müssen Freiheit und Sicherheit stets ausbalanciert werden.

In Berlin gibt es bereits flächendeckend Kameras bei BVG, S-Bahn und fast allen Regierungsgebäuden. Sie helfen Straftaten aufzuklären und das ist gut. Sie helfen aber nicht, Straftaten zu verhindern. Dafür braucht es mehr Personal und deswegen wird die Koalition 1.600 unbesetzte Stellen bei der Polizei neu besetzen. Das ist die richtige Schwerpunktsetzung. Denn würden wir unsere Grundrechte über Gebühr einschränken, hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG, MdA

DIE LINKE.

Geschäftszeiten:

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin **hat wie folgt geöffnet:**

- montags 10 - 16 Uhr,
- dienstags 13 - 17 Uhr,
- donnerstags 13 - 19 Uhr.

Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar.

Geschäftsstellenleiterin:

Marina Richter-Kastschajewa

- Telefon: 030 512 20 47
- info@die-linke-lichtenberg.de

Eisbärenzeit



© TIERPARK BERLIN

Fritz, der Eisbärennachwuchs im Tierpark, kann ab März von den Besuchern bewundert werden.

Lang, lang ist's her: Als einst in Hohenschönhausen die dynamischen Eishockeyspieler in unserem „Welli“ ihre ersten gesamtdeutschen Meistertitel eroberten, da konnten die Fans nicht genug davon bekommen und schmetterten voller Inbrunst: „Hey, wir woll'n die Eisbären seh'n“. Inzwischen, seit 2008, werden die Puckjäger zu ihren Kampfspielen in irgend so einer Mehrzweckhalle im

Nachbarbezirk angesiedelt, doch der Sehnsuchtsruf der Fans – beim Barte des Sven Felski – der Sehnsuchtsruf blieb: „Hey, wir woll'n die Eisbären seh'n.“

Und Lichtenberg hat sie ja noch immer. Seit 3. November 2016 sogar jünger, schöner und beliebter: die echten Eisbären im Tierpark. Mutter Tonja und Papa Wolodja (mit Migrationshintergrund, weil aus Moskau

stammend) haben für die erste Eisbärengeburt in Friedrichsfelde seit 22 Jahren gesorgt. Und viele, viele tierische Fans sorgen sich seither um Wohl und Wehe und Namen des kleinen Kerlchens, der, zumindest theoretisch, in seinem Erwachsenenleben bis zu 600 Kilo auf die Waage bringen könnte.

Fürs Erste sind allgemeine Neugier und Aufmerksamkeit angesagt. Seinen Namen erhielt der weiße Fellknäuel nach zahlreichen Vorschlägen von Berlinerinnen und Berlinern und dem letzten Wort einer Jury: Fritz heißt das Bürschchen. (Als meine Frau von dieser Entscheidung erfuhr, stieß sie einen Schrei aus, als wäre ein ausgewachsenes Raubtier vor unserer Haustür platziert worden.)

Klein-Fritzchen kann nichts für seinen Namen. Und wenn im kommenden Monat erst das Freigehege jugendgerecht umgebaut sein wird und der Tonja-Wolodja-Sprössling sicher auf seinen Beinchen stehen kann, dann wird – täglich ab 9 Uhr – unser aller Tierpark-Wunsch endlich erfüllt werden können: Hey, wir woll'n die Eisbären seh'n! STEFAN RICHTER

Fotorätsel



© KLAUS SINGER

Wie heißt dieser Industriebau?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2017 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Löttsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 1. März 2017. Bitte die Antworten an [gesine.loetzsch@bundestag.de](mailto:loetzsch@bundestag.de) mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Januarrätsels: Die Straße Alt Friedrichsfelde hieß bis 1992 Straße der Befreiung.

Danke für die vielen richtigen Lösungen.

„info links“ wird herausgegeben von:
DIE LINKE – Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 5 12 20 47
Fax: (030) 5 16 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe Februar: 2. Februar 2017
Die nächste Ausgabe erscheint am
Donnerstag, 2. März 2017

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Gestaltung:

Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KINO

- **Mittwoch, 15.2., 17.30 Uhr**
Lichtenberger Filmreihe „Wenn wir älter werden“ – Julias verschwinden, Filmabend mit Gespräch, Familienplanungszentrum Balance, Mauritiuskirchstraße 3
- **Mittwoch, 22.2., 15 Uhr**
Das Tagebuch der Anne Frank, CineMotion Hohenschönhausen, Wartenberger Straße 174

SENIOREN

- **Mittwoch, 15.2., 14 Uhr**
Obst und Gemüse als Medizin, unterhaltsamer Nachmittag im Musik- und Erzählcafé, Begegnungsstätte Karlshorst, Hönower Straße 30a
- **Mittwoch, 15.2., 17 Uhr**
Demenz mit anderen Augen sehen, Fachvortrag, Domicil Seniorenpflegeheim, Gotlindestr. 51
- **Donnerstag, 23.2., 14 Uhr**
Latschenkino, Ihren Wunschfilm bitte, Seniorenbegegnungsstätte im Warnitzer Bogen 8
- **Montag, 27.2., 14 Uhr**
Rosenmontag 2017 mit Rainer Luhn und seinem Travestieprogramm, Kommunale Seniorenbegegnungsstätte, Einbecker Straße 85

LITERATUR

- **Dienstag, 28.2., 18 Uhr**
geDRUCKtes, Lesung und Gespräch mit Gesine Löttsch und Vera Friedländer: „Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander“, Karl-Liebkecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, Eintritt frei, Anmeldung erforderlich unter Tel.: 24 00 95 37 oder Mail an gedrucktes@die-linke.de

FAMILIENTAG

- **Sonnabend, 25.2., 10 Uhr**
Verspielter Tag, brandneue Spiele ausprobieren, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9

AUSSTELLUNG

- **Donnerstag, 23.2., 18 Uhr**
„Kunst erleben“ Malereien, fotografische und plastische Arbeiten, 18. Ausstellung des Manfred-von-Ardenne-Gymnasiums, Anna Seghers-Bibliothek im Lindercenter